



Pensionsversprechen: Niedrigzins belastet doppelt

Die Minizinsen belasten Firmen bei ihren Pensionszusagen. Die Rückstellungen dafür müssen bedeutend höher ausfallen. Laut einer neuen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) müssen die Unternehmen deshalb insgesamt zwischen 20 und 25 Milliarden Euro Steuern zu viel zahlen. Geld, das wiederum für Investitionen fehlt.

Allerdings erkennt der Fiskus diese Mehrbelastung der Firmen bislang nicht an: Das Steuerrecht geht weiterhin von deutlich höheren Zinsen auf die Geldanlagen aus. Die Konsequenz daraus ist, dass Firmen Steuern auf fiktive Gewinne zahlen. Die Firmen bekommen das Geld zwar später vom Fiskus zurück, doch in der aktuellen Situation ist der Zustand brandgefährlich, sagt IW-Steuerexperte Tobias Hentze:

steuerrechtlichen Zinssatz reduzieren und damit an die Realität anpassen.

Bild: © Marijus / fotolia.com



Letztlich gefährdet das Arbeitsplätze. Im schlimmsten Fall können Firmen zahlungsunfähig werden – während der Staat ein zinsloses Darlehen von ihnen bekommt. Für die Politik sieht der IW-Experte zwei Handlungsoptionen: Erstens sollte der Gesetzgeber den sogenannten handelsrechtlichen Zinssatz, der für die Höhe der Pensionsrückstellungen maßgeblich ist, anhand einer längeren Zeitspanne berechnen.

Dadurch würden Niedrigzinsphasen nicht mehr so stark ins Gewicht fallen und die Firmen müssten weniger auf die hohe Kante legen. Zweitens sollte die Regierung den

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4943417/pensionsversprechen-niedrigzins-belastet-doppelt/>